

Stellungnahme:

Die Entscheidung zur Gründung der Pflegekammer darf kein Spielball der Koalitionsverhandlungen sein

Nach der Landtagswahl stehen in Baden-Württemberg die Koalitionsverhandlungen an. Die verhandelnden Parteien positionieren sich sehr unterschiedlich zur Pflegekammer. In der abgelaufenen Legislaturperiode war die Gründung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg beschlossen, aber noch nicht auf den Weg gebracht worden.

Die unterzeichnenden Verbände der psychiatrischen Pflege fordern, dass die Einführung einer Pflegekammer fest im Koalitionsvertrag verankert wird und kein Spielball der Koalitionsverhandlungen sein darf. Für die Zukunft der Pflegeberufe und damit der Pflegeversorgung wäre verheerend, wenn die Pflegekammer nicht zügig eingeführt wird.

- Deutschlandweit sind während der COVID-19-Pandemie 9.000 Pflegefachpersonen aus dem Beruf ausgestiegen, mindestens 40.000 Stellen sind unbesetzt. In den nächsten 10 Jahren gehen 500.000 Pflegefachpersonen in Rente. 30% der Pflegefachpersonen denken nahezu täglich über einen Berufsausstieg nach. Ein Exodus der Pflege ist ohne grundsätzliche Veränderungen nicht abzuwenden.
- Die langjährigen Forderungen aller Pflegeverbände in der jetzigen Situation weiterhin zu ignorieren und mit Füßen zu treten erleben alle, die sich für Pflegebelange engagieren, als weiteren und heftigen Affront. Dies ist mittlerweile kaum mehr erträglich.

- In der vom Sozialministerium in Auftrag gegebenen wissenschaftlich fundierten, repräsentativen Befragung 2018 haben sich 68% der Befragten Pflegefachpersonen in Baden-Württemberg deutlich für eine Pflegekammer ausgesprochen. Diese Pflegenden erwarten, dass ihr Votum ernstgenommen wird. Auch die noch amtierende Landesregierung (vertreten durch den Sozialminister) hatte eindeutig dahingehend kommuniziert, dass sich die Gründung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg am Votum der Betroffenen orientiert.
- Nur durch die Pflegekammer und damit durch gesichertes Einbinden der Pflegeexpertise in die Versorgungsentwicklung kann Baden-Württemberg allen relevanten Gesundheits- und Versorgungsfragen gerecht werden. Pflegebelange zu ignorieren und Professionalisierungsbestrebungen zu untergraben heißt Pflegeversorgung und damit Gesundheitsversorgung zu gefährden. Dies belegt die aktuelle Situation eindrücklich.
- In der psychiatrischen Versorgung kann und will Pflege gerade im Bereich der niedrigschwelligen, alltagsnahen, beziehungsintensiven, bei Bedarf aufsuchenden, teilweise hochfrequent und längerfristig notwendigen Hilfen zentrale Rollen übernehmen. Die psychiatrische Pflege kann und will der empowermentfördernden, recoveryorientierten Versorgung flächendeckend einen wesentlichen Schub geben. Auch psychiatrische Versorgung profitiert, wenn den Akteur*innen der größten Berufsgruppe über die Pflegekammer mehr professionelle Handlungsautonomie und mehr Mitgestaltung ermöglicht wird.
- Jetzt die Pflegekammer in Baden-Württemberg politisch umfänglich zu unterstützen ist bundesweit ein wichtiges Signal im Superwahljahr.

2

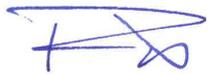
Die Pflegekammer ist gerade hierzulande mindestens genauso notwendig für die Zukunft der Pflegeberufe und der Pflegeversorgung, wie Hygieneregeln für das Management von Pandemien.

Dies ändert sich nicht dadurch, dass Querdenkende, Klientelvertreter*innen und andere Kammergegner*innen zentrale Sachverhalte ignorieren. Wenn Pflegende keine Kammer wünschen, dann liegt dies meist an fehlenden objektiven Informationen bzw. gezielten Falschinformationen dieser Personen. Beispielsweise ist eine objektive Information der Pflegenden in privaten Einrichtungen erschwert, weil nicht selten ein Zugang von den Betreibenden untersagt wird. In Einrichtungen des öffentlichen Dienstes fördert ver.di vielerorts Kampagnen gegen die Kammer – ohne sich bei dieser Thematik dem Dialog mit Pflegeorganisationen zu stellen. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben Pflegende gegen die Kammer gestimmt, weil Abstimmungen herbeigeführt wurden, bevor die Kammer sich etablieren und wirksam sein konnte.

Wir fordern im Einklang mit dem deutschen Pflegerat und nahezu allen relevanten Pflegeverbänden in Deutschland die Errichtung der Pflegekammer in Baden-Württemberg voranzubringen und die Anschubfinanzierung zu gewährleisten.

Wiesloch, Langenfeld, Ulm, Nürnberg am 25.03.2021

3



Walter Reiß
Landesvorsitzender
BFLK Landesverband Baden-Württemberg



Silke Ludowisy-Dehl
Bundesvorsitzende
BFLK Bundesverband



Dorothea Sauter
Präsidentin
Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege



Volker Haßlinger
Vorstand
Bundesinitiative ambulante
Psychiatrische Pflege



David Wegmüller
Pflege in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V.